

**ANFRAGE** von Michèle Dünki-Bättig (SP, Glattfelden), Rafael Mörgeli (SP, Stäfa) und Andreas Daurù (SP, Winterthur)

Betreffend Stellenabbau und Schwächung der Medienlandschaft der Schweiz: Was unternimmt der Kanton?

---

Die Tamedia-Gruppe hat einen umfassenden Stellenabbau angekündigt, der sowohl die Druckereien als auch die Redaktionen betrifft. Rund 200 Vollzeitstellen in den Druckereien und 90 Stellen in den Redaktionen sollen abgebaut werden. Diese Restrukturierungsmaßnahmen sind eine Reaktion auf die anhaltend schwierige Lage der Bezahlmedien innerhalb des Unternehmens.

Im Zuge dieser Veränderungen plant Tamedia, ihr digitales Angebot auf vier Hauptmarken zu konzentrieren: «Tages-Anzeiger», «Berner Zeitung», «Basler Zeitung» und «24 Heures» in der Westschweiz. Während «Der Bund» und «Tribune de Genève» ihre eigenen digitalen Auftritte behalten werden, sollen Titel mit geringerer Reichweite in die genannten Hauptmarken integriert werden.

Vor diesem Hintergrund ist es von besonderer Bedeutung, dass die öffentliche Hand – insbesondere der Kanton Zürich – ein starkes Interesse an qualitativ hochwertigem Journalismus und einer umfassenden Berichterstattung über politische Vorgänge und Prozesse zeigt. Dies gilt nicht nur für die kantonale Ebene, sondern auch für die Berichterstattung in den Gemeinden. Eine informierte Öffentlichkeit ist essenziell für eine funktionierende Demokratie, weshalb eine verlässliche und vielseitige Informationslandschaft unterstützt und gefördert werden sollte.

Wir bitten den Regierungsrat um die Beantwortung von folgenden Fragen:

1. Wurde der Regierungsrat vorab über den Entscheid der Tamedia (TX-Group) informiert?
2. Weiss der Regierungsrat, wie die geplante Umstrukturierung sich kurz- und mittelfristig auf die kleineren Titel der Tamedia, wie den Zürcher Unterländer, den Landboten und die Zürichsee-Zeitung, auswirken wird?
3. Welche Möglichkeiten sieht der Regierungsrat, den (lokalen) Qualitätsjournalismus zu unterstützen?
4. Was unternimmt der Regierungsrat, um in Zukunft den Qualitätsjournalismus im Print und online lokalspezifisch zu unterstützen?
5. Verstärkt der Regierungsrat seine eigenen Bemühungen, die Bevölkerung über (lokale) politische Prozesse zu informieren? Und wenn ja: Unterstützt er dabei auch die Gemeinden?

Michèle Dünki-Bättig  
Rafael Mörgeli  
Andreas Daurù